

Einkommen auch ohne Arbeit: Macht das die Welt gerechter?

2500 Franken monatlich für jedermann. Ohne Arbeit oder sonstige Gegenleistung. In der Schweiz wird Anfang Juni über dieses „bedingungslose Grundeinkommen“ abgestimmt. Welche Gefahren liegen darin, und welche Chancen? Das erklärt Daniel Häni, der Mitinitiator der Volksabstimmung, im Interview.



Für viele ist es ein Schreckensszenario: Die **digitale Revolution** und **Automatisierung** könnten schon bald **viele Jobs überflüssig** machen. Wie sollen die modernen Gesellschaften auf diese Entwicklung reagieren? Schon seit Jahrzehnten plädieren daher (nicht nur linke) Ökonomen und Sozialwissenschaftler dafür, durch ein sogenanntes „Bedingungsloses Grundeinkommen“ (BGE) die schlimmsten **sozialen Probleme** abzufedern – und darüber hinaus mehr Gerechtigkeit allgemein zu realisieren.

Die Schweiz stimmt, als erstes Land überhaupt, am 5. Juni über ein BGE ab. Das soll – etwa in einer Höhe von 2500 Franken – nicht nur Arbeitslosen zugute kommen, sondern auch bei Erwerbstätigen einen Teil des Einkommens bilden (s. Grafik unten).

Vorangetrieben wurde die Abstimmung von der „[Volksinitiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen](#)“. Im Interview spricht [Daniel Häni](#), einer der Initiatoren des Volksentscheids, über die Ziele der Kampagne.

Herr Häni, sind Sie Kommunist?

Daniel Häni: (lacht) Oh, nein, gar nicht. Aber es ist eine gute Frage, weil das BGE oft als sozialistische oder kommunistische Initiative angesehen wird. Das ist sie natürlich nicht.

Warum nicht?

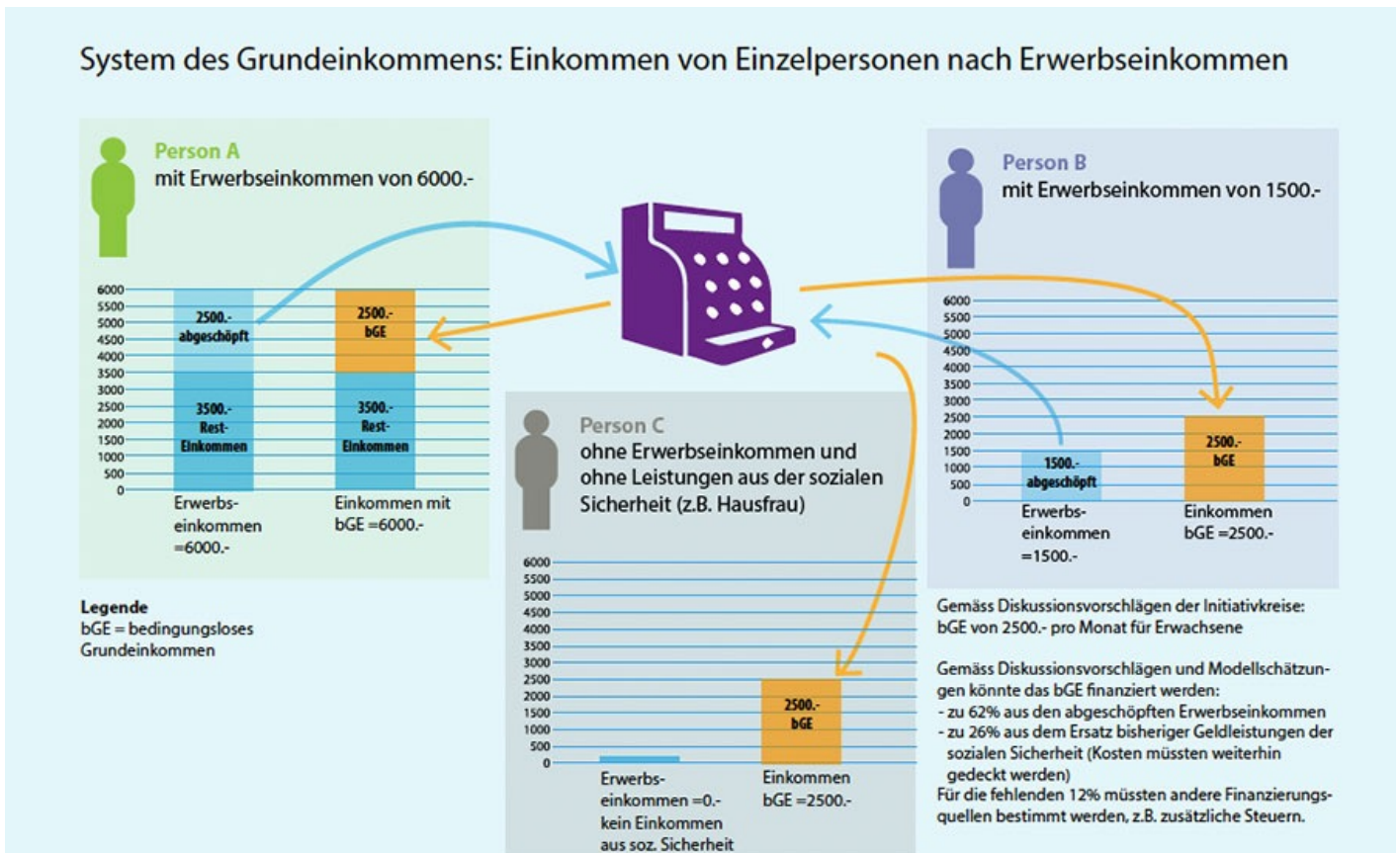
Häni: Sie ist zum Einen eine sehr soziale Initiative, das ist richtig. Aber: Was im Sozialismus und Kommunismus gefehlt hat, ist die Bedingungslosigkeit. Und das ist der Kern der Initiative. Und das macht sie gleichzeitig zu einer sehr liberalen Initiative.

Inwiefern liberal, wenn einfach nach dem Gießkannenprinzip Geld verteilt wird?

Häni: Weil das Grundeinkommen unbedingt ausbezahlt wird. Das Geld ist nicht mehr an Bedingungen geknüpft. Das ist das Liberale, das Freiheitliche. Der Einzelne bestimmt, was er mit dem Geld macht, und nicht mehr der Staat.

Sie begründen Ihr Anliegen unter anderem mit der vierten industriellen Revolution, wo ein Großteil der Arbeitsplätze durch Roboter oder digitalisierte Prozesse abgelöst wird. Die Befürchtung, dass Maschinen uns die Arbeitsplätze wegnehmen, gibt es schon seit der Industrialisierung. Sitzen Sie hier nicht einer alten Angst auf?

Häni: Am diesjährigen [World Economic Forum in Davos](#) (WEF) waren die Chancen und Risiken der vierten industriellen Revolution das Hauptthema. Selbst Klaus Schwab, der Gründer des WEF, sagt: „Es braucht Lösungen, die allen ein Mindesteinkommen garantieren.“ Das ist ein klares Symptom, wenn Schwab auf diese Linie einschwenkt. Aber es ist richtig: Die Befürchtung, dass uns die Maschinen die Arbeit wegnehmen, gibt es schon immer. Ich glaube aber, dass es heute relevant wird.



So stellt sich die Schweizer Initiative die Finanzierung und Verteilung des Grundeinkommens vor (Klick auf Grafik für Vergrößerung)

Warum sollte es heute gerade so weit sein?

Häni: Ein Beispiel: Ich bin heute mit unserem Kampagnenfahrzeug, einem Tesla, hierher nach Buchs gefahren. Dieses Auto ist beinahe in der Lage, autonom zu fahren. Stellen Sie sich vor, was das für Folgen hat: In den nächsten Jahren werden Arbeitsplätze von

Chauffeuren, Busfahrern, etc. verschwinden. Aber das ist nicht das Hauptargument für das BGE, sondern es geht darum, das BGE als Bürgerrecht zu etablieren. Ich glaube aber, dass selbst wenn wir das BGE nicht wollen, uns die vierte industrielle Revolution dazu führen wird.

Wenn die Initiative dann wider Erwarten angenommen würde, wie würde es weitergehen?

Häni: Ich denke, es ist blauäugig zu glauben, die Initiative werde am 5. Juni angenommen. Falls sie angenommen würde, dann hätten Bundesrat und Parlament die Aufgabe, die genauen Gesetze auszuarbeiten. Es bräuchte einen Prozess, um die Höhe des BGE festzulegen sowie die anderen Details zu regeln. Wir stimmen ja nicht über einen Geldbetrag ab, sondern darüber, ob wir in der Schweiz eine bedingungslose Existenzsicherung wollen oder nicht. Ja oder nein.

Wenn nicht mal Sie an eine Annahme der Initiative glauben, weshalb stecken Sie dann so viel Zeit und Energie in den Wahlkampf?

Häni: Weil ich der Überzeugung bin, dass es eine der wichtigsten gesellschaftlichen Fragen zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist. Übrigens nicht nur für die Schweiz. Aber wir besitzen bei uns ein adäquates Mittel, um eine solche Diskussion zu führen. Die Schweiz ist die fortschrittlichste Demokratie der Welt. Es ist wegweisend, diese Diskussion überhaupt einmal in dieser Breite zu führen.

Dann geht es eigentlich um einen Gedankenanstoß?

Häni: Nein, nicht nur das. Es ist eine richtige Initiative. Eine richtige Volks-Initiative, weil das Anliegen aus dem Volk kommt und nicht von einer Partei benutzt wird, zum Beispiel aus Profilierungsgründen. Es ist ein Anliegen der Zivilgesellschaft, und sobald es eine Mehrheit gibt, werden auch die Politiker einschwenken. Politiker sind meist sehr gute Segler. Und nicht zuletzt unsere Angestellten. (...)

Doch das Ganze muss auch finanziert werden. Wie stellen Sie sich das vor?

Häni: Das Geld ist heute bereits vorhanden. Mit dem Geld, dass aus den Sozialwerken gespart wird, sowie dem Sockel aus den Erwerbseinkommen bleiben noch knapp 25 Milliarden Franken. Aber auch die sind vorhanden!

Wo denn?

Häni: Das sind die bestehenden Einkommen der Kinder und Angehörigen, welche heute auch bereits ein Einkommen haben. Nur würde es bedingungslos. Das BGE ist im Prinzip ein Nullsummenspiel.

Der Initiative wird oft vorgeworfen, dass man fürs Nichtstun bezahlt wird. Und es ist auch nicht von der Hand zu weisen: Wenn ich mit den Grundeinkommen, z. B.

2500 Franken im Monat, auskomme, kann ich in die Sonne liegen und nichts mehr tun.

Häni: Mal sehen, wie lange Sie das durchhalten. Ich sage, das Gegenteil ist wahrscheinlicher. Das Grundeinkommen ist nicht dazu da, dass man nichts macht, sondern dass man in die Lage kommt, selbstbestimmt zu arbeiten. Es ist eine Ermöglichung von Arbeit, keine Abschaffung.

Unabhängig vom Ausgang am 5. Juni. Sie glauben, dass das BGE in Zukunft einmal eingeführt wird?

Ja, das glaube ich. In Zukunft brauchen wir nicht mehr fleißige und gehorsame Menschen. In Zukunft sind freie Geister gefragt: Menschen, die gelernt haben, selber zu denken und selber zu entscheiden, wie sie ihre Arbeitskraft einsetzen und wofür sie sich engagieren. Das braucht selbstverantwortliche, eigenständige Menschen. Das BGE ist ein gutes Mittel, um das zu lernen.

Das, was Sie gerade beschrieben haben, ist auch in einer freien Marktwirtschaft möglich.

Häni: Ja, das BGE ist auch ein wichtiger Beitrag für eine freie Marktwirtschaft, denn es würde einen freien Arbeitsmarkt schaffen. Diesen haben wir heute nicht. Wir sind heute gezwungen, am Arbeitsmarkt teilzunehmen, um unsere Existenz zu sichern. Durch das BGE könnten wir den freien Arbeitsmarkt schaffen. Hier sehen Sie wiederum den liberalen Gedanken der Initiative.

Das Interview führte Stephan Agnolazza für die Liechtensteiner Zeitung „Wirtschaft regional“, die uns den Text freundlicherweise zur Verwendung freigegeben hat. Vielen Dank.

Veranstaltungshinweis: Daniel Häni wird einer der vielen interessanten Teilnehmer der [brandeins-Zukunftskonferenz „Wendepunkte“](#) sein, die am 26. Mai in Hamburg stattfindet. Neben Häni berichten unter anderem Stephan A. Jansen, Anne Koark, Emilio Galli Zugaro und [Jannike Stöhr](#) darüber, „wann sich Umbrüche lohnen, wie man den richtigen Zeitpunkt zum Absprung erkennt, und welche Türen aufgehen können, wenn man sich getraut, eine hinter sich zu schließen“. Es wird mit Sicherheit ein spannender Tag. Mehr Infos über Programm und Tickets [erhalten Sie hier](#).

Daniel Häni, 49, ist Unternehmer, Mitbegründer des Basler Kultur- und Kaffeehauses „unternehmen mitte“ sowie Mitinitiator der Schweizer Volksinitiative „Für ein bedingungsloses Grundeinkommen“. Sie wurde im Oktober 2013 erfolgreich eingereicht.

